

den Rand geschrieben

Wird Stadträten nachgesagt, sie seien nicht rechnen. Das ist unrichtig. Sie können sehr wohl mit ihnen umgehen. Jedenfalls Robert Mauser, Helmut Radlmeier, Lorenz Reichwein und Helge Teuscher haben fraktionsübergreifend einen Plan für es Dult-Rechnenspiel entwickelt und das Ergebnis in einem Brief an die Stadträte münden lassen.

Und der geht so: An Freitagen und Samstagen ist künftig jeweils um 10 Uhr Ausschank- und Musikabschluss. Zum Ausgleich werden die Aktivitäten an den Sonntagen und am Montag auf 22.30 Uhr zurückgeändert. Unterm Strich bleiben die Öffnungszeiten fast gleich.

Dultrechnereien

Man nennt es so etwas Nullsummenspiel. Äußerst positiv ist es, dass die vier Herren den Mühen einer Rechenaufgabe gestellt haben. Es ist nötig, wegen einer klitzekleinen halben Stunde einen Stadtratsantrag zu stellen, ist eine Frage, hier nicht erörtert werden soll. Wir schlagen stattdessen vor, dass auch die übrigen Stadträte in kleineren Gruppen zusammenkommen und sich Rechenaufgaben widmen. Was dieser: Was kommt heraus, wenn man die Dulttage eines Jahres der Höhe der Gesamtschulden der Stadt subtrahiert, diese durch die Zahl der Stadtratsmitglieder dividiert, anschließend mit der Zahl der Fraktionen multipliziert und wiederum durch die Quadratzahl von 44 dividiert?

Die Ergebnisse könnten wahlweise in einer Sondersitzung des Stadtrats oder im nächsten Haushaltsnummern diskutiert werden. Wer es, vielleicht wird der Ausschank- und Musikschluss dann auf jeweils 10 Uhr an allen Dulttagen umgesetzt. Siegfried Rüdener

300 Liter Diesel aus Lastwagen abgezapft

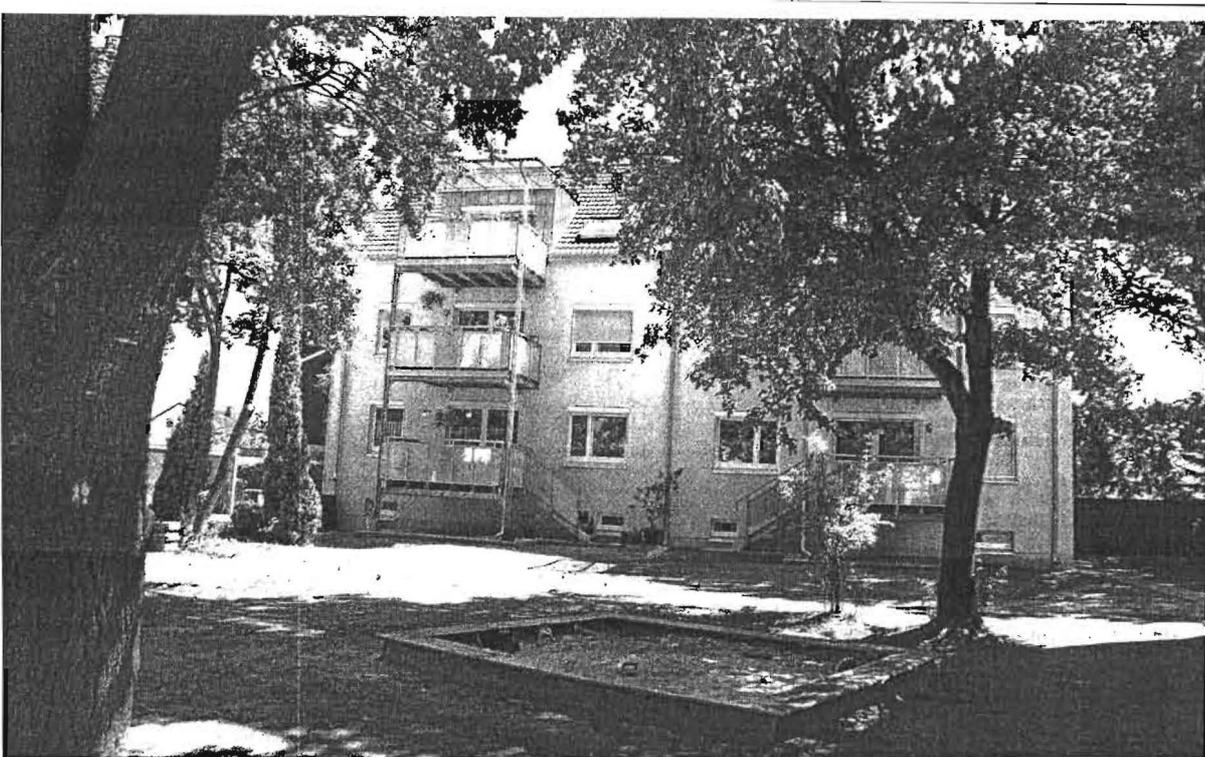
Unbekannte haben zwischen Freitag und Montag aus einem Lastwagen, der auf einem Firmengelände an der Mühlbachstraße 46 abgestellt war, etwa 300 Liter Diesel abgezapft. Der Schaden beträgt laut Polizei mehr als 400 Euro. Hinweise nimmt die Polizei unter Telefon 92520 entgegen.

Wertvolle Werkzeuge aus Keller gestohlen

Zwischen Sonntag, 11 Uhr, und Montag, 21 Uhr, sind Unbekannte in den Keller eines Gasthofs an der Rügenthaler Straße eingestiegen. Die Einbrecher entwendeten einen Schraubendreher, eine Bohrmaschine, einen Schleifer sowie einen Rasenmäher im Gesamtwert von rund 1000 Euro, teilt die Polizei mit. Der Transport des Diebesguts erfolgte durch ein größeres Fahrzeug. Beim Einbruch entstand zudem ein Sachschaden von 400 Euro. Hinweise nimmt die Polizei unter Telefon 92520 entgegen.

Navigationsgerät aus Elektromarkt geklaut

Am Montag gegen 9.15 Uhr hat ein Unbekannter ein Navigationsgerät aus einem Elektrogeschäft an der Rüdendorferstraße gestohlen. Das Gerät hat einen Wert von knapp 300 Euro, teilt die Polizei mit. Der Täter soll etwa 30 Jahre alt, 1,85 Meter groß und von kräftiger Statur sein. Er sprach gebrochenes Deutsch und trug eine schwarze Anzugshose und ein graues Nadelstreifenhemd. Hinweise nimmt die Polizei unter Telefon 92520 entgegen.



ZWEI HÄUSER MIT INSGESAMT ZWÖLF SOZIALWOHNUNGEN hat die Stadt im vergangenen Jahr an der Watzmannstraße saniert. Doch der Bedarf an günstigem Wohnraum ist weitaus größer als das Angebot. (Foto: Alexandra Beck)

Alleinerziehend, drei Kinder, sucht Wohnung
Armutskonferenz: Für Großfamilien und Kranke sind die Mieten schwer erschwinglich

Von Alexandra Beck

Die Nähe zu München und zum Flughafen macht Landshut zu einer attraktiven Wohngegend, was sich in steigenden Mietpreisen widerspiegelt. Für kinderreiche Familien, alleinerziehende Frauen und Menschen, die sich in einer sozialen Notlage befinden, stehen kaum erschwingliche Wohnungen zur Verfügung. Zu diesem Schluss kamen Vertreter der Wohlfahrtsverbände bei der Armutskonferenz, die sich mit der Sicherung von sozialem Wohnraum in der Stadt befasste.

„Wurden 2005 noch 350 Wohnungen fertig gestellt, waren es 2009 nur noch 162“, sagte Gabriele Unverdorben vom Caritasverband, die für die Armutskonferenz die Wohnungssituation in der Stadt untersuchte. In den vergangenen 15 Jahren seien nur 270 Sozialmietwohnungen geschaffen worden, im gleichen Zeitraum jedoch über 3000 aus der Bindung entlassen worden. Weitere 514 Wohnungen fallen bis 2012 aus der Bindung.

Unverdorbens Zahlen decken sich mit den Erfahrungsberichten der Sozialarbeiter der Wohlfahrtsverbände. „Für eine alleinerziehende Frau mit drei Kindern ist es schier unmöglich, eine Wohnung zu finden“, sagte Angelika Hirsch von der Arbeiterwohlfahrt. Erschwert würde die Wohnungssuche auch dadurch, dass viele Alleinerziehende von Arbeitslosengeld II leben würden und dass das Jobcenter nur Wohnungen bis zu einer gewissen Miethöhe übernehme. „Auf dem freien Wohnungsmarkt ist der Bezug von Arbeitslosengeld II oft ein Ablehnungsgrund für Vermieter“, so Johanna Behrens von der Diakonie.

Oft wüssten die Wohnungssuchenden auch gar nicht, an wen sie sich in ihrer Not wenden könnten, denn Maklergebühren könnten sie sich nicht leisten. „Da fehlt eine konkrete Anlaufstelle“, sagte Angelika Dauer von der Schwangeren-Beratungsstelle der Caritas. 35 Familien haben ihre Beratungsstelle im vergangenen Jahre wegen akuter Wohnungsnot aufgesucht. Bedauernd findet sie, dass auch andere Einrichtungen den Betroffenen nicht weiterhelfen können. „Das

Wohnungsamt stellt nur einen Wohnberechtigungsschein aus und bietet keine weiteren Unterstützungsangebote, die Wohnbaugesellschaften haben lange Wartezeiten.“

Landshuter Mietpreise sind die höchsten Niederbayerns

Täglich fünf Mietgesuche landen auf dem Schreibtisch von Peter Wimmer von der Gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft. „Doch nur 40 Wohnungen werden pro Jahr vermietet“, sagte Wimmer. Bei den günstigsten der Genossenschaftswohnungen liege die Kaltmiete bei 4,37 Euro pro Quadratmeter. Grundsätzlich werde es für die Genossenschaft immer schwieriger, günstigen Wohnraum anzubieten. Um die Energiesparverordnungen einhalten zu können, müssten alte Wohnungen renoviert werden und auch die Baukosten bei neuen lägen höher. „Eine Wohnung mit einem Gasofen möchte heute kein Mensch mehr haben“, sagte Wimmer. Eine energetisch sanierte Wohnung, möglichst mit Balkon, gelte heute nicht als Luxus, sondern als Standard, bestätigte auch der Vorsitzende des Mietervereins, Josef Biersack.

Landshut rangiere mit 6,5 Euro pro Quadratmeter als durchschnittlicher Mietpreis in Niederbayern ganz oben und nähere sich damit dem Münchner Umfeld an. In Germering liege der Mietpreis beispielsweise bei 8,10 Euro, in Dachau bei 7,80 Euro pro Quadratmeter.

Das Thema führte in der Armutskonferenz zu heftigen, auch parteipolitisch geprägten Diskussionen. Stadtrat Bernd Friedrich (Bürger für Landshut) warf der Stadt vor, bei den Ausgaben falsche Prioritäten zu setzen. „Diese Stadt hat kein Einnahmen-, aber ein Ausgabenproblem.“ Sigi Hagl (Grüne) äußerte ihren Unmut darüber, dass sie im Plenum bereits mehrere Anträge zum Thema gestellt habe, die nicht bearbeitet worden seien. Bürgermeister Gerd Steinberger (SPD) versprach, das Thema nochmal aufzugreifen. Es dürfe aber nicht vergessen werden, dass die Stadt bereits acht Millionen Euro jährlich für die Mieten für Arbeitslosengeld-II-Empfänger ausbebe.

Gabriele Unverdorben zeigte zwei Wege auf, wie es auch in Landshut gelingen könne, Wohnraum besser zu verteilen. Als erstes Beispiel nannte sie ein Punktesystem, bei

dem sozial Benachteiligte bevorzugt behandelt würden. Als zweites Beispiel diene die Stadt München, die den Wohnbaugesellschaften Mieter vorschlägt und für sie auch die soziale Gewährleistung in Form einer Bürgschaft übernehme. Im Gegenzug müsse der Mieter an einem Beratungsangebot wie Familienhilfe oder Schuldnerberatung teilnehmen, um damit seine soziale Situation zu verbessern.

Steinberger: Stadt fährt freiwillige Leistungen zurück

Seit 1998 habe man in München 658 Mietverträge zustande gebracht, von denen 297 noch laufen würden. In diesem Zeitraum habe die Stadt mit 3,5 Millionen Euro gebürgt, die Schadenersatzleistungen hätten jedoch nur bei 141000 Euro gelegen. „Für Landshut abgeleitet bedeutet das 170000 Euro für Bürgschaften und 7000 Euro für Schadenersatzleistungen.“ Steinberger sicherte zu, das Münchner Modell dem Stadtrat vorzustellen. Er zeigte sich aber skeptisch, dass das bewilligt werde. „Die Erfahrung zeigt, dass freiwillige Leistungen der Stadt eher zurückgehen.“



Rege diskutierten Vertreter der Wohlfahrtsverbände und der Stadt auf der Armutskonferenz zum Thema „Sicherung sozialer Wohnraum in Landshut“.

17 vom 26. Nov 2011